

TAMÁS KRAUSZ

Aufstieg und Niedergang der Selbstverwaltung in Ungarn

Die Zivilgesellschaft: Bürgerliche Gesellschaft oder gesellschaftliche Gegenmacht

Eine der Schlüsselkategorien der Vorgeschichte des osteuropäischen »Systemwechsels« war die Zivilgesellschaft. Sämtliche wichtigen geistig-politischen Strömungen – die (Neo-)Liberalen, die National-Konservativen und die systemkritische marxistische Linke – formulierten Mitte und Ende der achtziger Jahre ihr Zukunftsbild unter Bezugnahme auf diese Kategorie. In all diesen Zugangsweisen trat die »Zivilgesellschaft« in Osteuropa als etwas auf, das als vom staatssozialistischen System zerstört betrachtet wurde und das es nun anstelle des Einparteiensystems wieder aufzubauen gelte.¹

In der (neo-)liberalen Interpretation drückte die Kategorie der Zivilgesellschaft im Prozeß des Systemwechsels die Gegenüberstellung zwischen dem Begriff des »Einparteienstaates« und der Gesellschaft aus. In dieser Perspektive umfaßte die Zivilgesellschaft auch die politischen Parteien und »verschmolz« auf diese Weise mit dem Begriff der politischen Gesellschaft. Die hegelianisch-marxistische Auffassung indes hatte keine Trennung von politischer und bürgerlicher Herrschaft zum Ausdruck gebracht: Marx war es darum gegangen, die immanente Verbundenheit von bürgerlicher Gesellschaft und kapitalistischem Privateigentum analytisch zu erfassen – was nun gar nicht im Interesse jener europäischen Eliten lag, die jetzt den Systemwechsel betrieben. Der liberale Systemwechsel beruhte ja eben auf der Grundüberzeugung, daß es darum gehe, die Getrenntheit von politischer Gesellschaft und bürgerlicher Gesellschaft zuwege zu bringen.²

Bei den kritischen Marxisten waren die Auffassungen Gramscis beliebt: Sie betonten die Möglichkeit der politischen »Selbstorganisation« gegenüber dem bürokratischen staatlichen Unterdrückungsapparat als Weg zur fortschrittlichen Überwindung des staatssozialistischen Systems. Doch in der Theorie Gramscis ist der grundlegende Gedanke enthalten, daß auch in der Zivilgesellschaft – insbesondere auf dem Gebiet der Kultur – die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie zustande komme. Deshalb bettete die an einem »Systemwechsel« interessierte linke Intelligenz den Begriff der Zivilgesellschaft in den theoretischen Rahmen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung ein.³

Von 1990 an bestand jedoch kein Bedarf mehr an der »Zivilgesellschaft« als Konzeption der gesellschaftlichen Selbstorganisa-

Tamás Krausz – Philosoph, Budapest. Mitherausgeber der Zeitschrift »Esmélet«. Koordinator der Linken Alternativen e.V. (Baloldali Alternativa Egyesülés – BAL).

1 Zur Untersuchung dieses Problemkreises liegt eine umfängliche Literatur vor. Siehe z.B. Reinhardt Kössler, Henning Melber: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M. 1993; Jean L. Cohen, Andrew Arato: Civil Society and Political Theory, Cambridge 1992; Peter Gowan: Neo-Liberalism and »Civil Society«. Ideology and Strategy in the Neo-Liberal Project (Ms. o.J.).

2 Vgl. dazu Elisabeth Heidt: Politische Herrschaft und bürgerliche Gesellschaft, in: Handbuch Politische Theorien und Ideologien, UTP Wissenschaft 1995, S. 291-342.

tion. Die besondere Qualität der neuen ideologischen und kulturellen Hegemonie spiegelte sich nun darin wider, daß die Doktrin der »offenen Gesellschaft« von Karl Popper in den Vordergrund rückte. Dabei ist es von mehr als symbolischer Bedeutung, daß es Friedrich Hayek war, der im Jahre 1942 der ersten Ausgabe des Buches von Popper zur Publikation verhalf. Und nach vielen aufeinanderfolgenden Ausgaben im Westen wurde schließlich die erste russische Ausgabe durch den berühmten Börsenspekulanten George Soros, den großen Freund der »offenen Gesellschaft«, finanziert.⁴ Bei der liberalen Utopie der »offenen Gesellschaft« geht es um ein Netz von Institutionen, die der ausführenden Gewalt als Diskussionsforum zum Verhandlungspartner werden. Doch die »selbstregulierenden Kräfte des Marktes« und die Diskussionsklubs und aufklärerischen Einrichtungen, die die institutionelle Macht zu »überwachen« beabsichtigten, konnten mit den Realitäten der osteuropäischen Zivilgesellschaft nicht viel anfangen. Im Zuge des Systemwechsels nämlich wurden jene zivilgesellschaftlichen Organisationen vernichtet, die in spezifischer Weise einen Teil der Vorgeschichte des Systemwechsels gebildet hatten und in die George Soros soviel Geld investieren wollte.⁵ Zu diesen Organisationen gehörten die russischen Perestroika-Klubs ebenso wie die ungarischen Arbeiterräte, von denen noch die Rede sein wird. Popper und in seinem Gefolge Dahrendorf bzw. die Anhänger von beiden haben dem Begriff der Zivilgesellschaft eine neue Funktion verliehen: Sie haben ideologisch den Boden dafür bereitet, den Staat und die Gesellschaft in einer ganz bestimmten Weise und verbunden mit ganz bestimmten politischen Inhalten einander gegenüberzustellen, voneinander abzuschneiden. Oder anders gesagt: In ihrer wirklichen Funktion bedeutet die »offene Gesellschaft« als soziale Utopie die Trennung der Mehrheitsbevölkerung vom Sozialstaat und die Abschneidung der Gesellschaft von der unmittelbaren Einflußnahme auf die Politik.⁶

Zugleich ließen die osteuropäischen Erfahrungen auch bald deutlich werden, daß die zivilgesellschaftlichen Institutionen im Gramscischen Sinne die kulturelle Hegemonie des bestehenden Systems sicherstellten und festschrieben, und daß die alltägliche Politik ausschließlich zur Sache der Parlamentsparteien geworden ist. Heute freilich, acht Jahre nach der Wende von 1989, bedeutet die »offene Gesellschaft« in Osteuropa nicht einmal mehr soviel, wurden doch im Zuge des Systemwechsels die neuen zivilgesellschaftlichen Institutionen einfach »privatisiert«, das heißt, ihrer materiell-finanziellen Selbständigkeit beraubt. De facto haben sie aufgehört zu existieren. In der Aufreibung der Perestroika-Clubs in Rußland spiegelte sich diese Entwicklung ebenso deutlich wider wie in der Auflösung und finanziellen Liquidierung der Institutionen des gesellschaftlichen und kulturellen Selbstschutzes in Ungarn. Im gleichen Maße, wie der Abbau des bürokratischen Wohlfahrtsstaates voranschreitet, verwandeln sich die zivilen Organisationen neuerlich in wohltätige und ethnokulturelle Vereine im Stil der Jahrhundertwende. Darin steckt das »Geheimnis« ihrer Machtlosigkeit. Die Herrschaft des Staates und des Marktes türmt sich in neuer Form über der staatsbürgerlichen Selbstorgani-

3 Vgl. dazu in der ungarischen Forschung László Túto: Gramsci és a gazdasági demokrácia kérdése (Gramsci und die Fragen der wirtschaftlichen Demokratie), in: Tanulmányok Gramsricól (Studien zu Gramsci), Budapest 1987, S. 85-111; und den Vortrag desselben Autors auf einer Konferenz im Jahre 1988: Az önkormányzás mint történeti és elméleti probléma (Die Selbstregierung als historisches und theoretisches Problem), in: Tamás Krausz, Péter Márkus (Hrsg.): Önkormányzás vagy az élitek uralma (Selbstregierung oder Herrschaft der Eliten), Budapest 1995, S. 99-107.

4 Die sich historisch wandelnden ideologischen Funktionen des Werkes »Die offene Gesellschaft« von Popper werden ausgezeichnet dargestellt in: Juri Bokarjew, Otkrytoje obschtschestwo i ego drusja, Teil 1, Rossija XXI (1995) Nr. 1011, S. 100-126. George Soros hat seine dem Systemwechsel »zu Hilfe kommenden« Stiftungen in Rußland und in ganz Osteuropa im Zeichen dieser Ideologie aufgebaut. Neben dem erwähnten russischen Autor hat u.a. auch Soros selbst ein umfassendes Bild dieser Bestrebungen gezeichnet: György Soros, A lehetetlen megkísértése. A kelet-európai forradalmak és a Soros Alapítvány (Der Versuch des Unmöglichen. Die osteuropäischen Revolutionen und die Soros-Stiftung), Budapest 1991. Vgl. auch: Karl Popper in Prague in Memoriam, Prag 1994.

5 Soros legte 1991 detailliert dar, wie er sich die »Gründung« der Zivilgesell-

schaft in Rußland vorstellte. Nur seine Enttäuschung war größer als seine Naivität.

6 Gowan o.J.

7 Vgl. Eszmélet books: First International Conference of Social-Critical Journals, Bd. 1 u. 2, Budapest 1991. – Eszmélet books 2: The Anti-Capitalist Left on the Eve of the XXI. Century. Social and Political Restructuring and Perspectives. International Conference, Budapest 16.-18.9.1994, Budapest 1996.

8 Die osteuropäische und in diesem Rahmen die ungarische Tradition speisten sich insbesondere aus dem revolutionären Erbe der Russischen Revolution von 1917/1919 und aus den reichen Erfahrungen der Selbstorganisation nach dem Krieg. So verschiedene Theoretiker/innen und Politiker/innen wie Rosa Luxemburg und Lenin, Tschajanow und Trotzki, die spanischen und die russischen Anarchisten, Gramsci und Lukács, Ágnes Heller und István Bibó fanden hier durchaus nebeneinander Platz. Zweifellos hatte in Osteuropa all das, was in der Sowjetunion vor der stalinistischen Wende und in Ungarn, Polen und Jugoslawien zwischen 1945 und 1948 geschah, großen Einfluß. – Vgl. dazu Roy Morrison: We build the Road as We travel, Philadelphia, Santa Cruz etc. 1991; Alexander Busgalin (Hrsg.): Economy and Democracy, Moskau 1992; A.I. Kolganow: Kollektiwnaja sobstwenost' i kollektivnogo predprinimatelstwo, Moskau 1993; Krausz/Márkus 1995.

9 Mit der historischen Analyse dieser Debatten be-

sation zusammen, und darin besteht eines der wesentlichen Merkmale der neuen osteuropäischen Herrschaftsverhältnisse.

Dies alles geschah, obwohl sich der – im allgemeinen scharf antikommunistische und zugleich »antiautoritäre« – Systemwechsel im Zeichen der teilnehmenden Demokratie, der »Selbstorganisation der Zivilgesellschaft« auf den Weg machte. Von den Ideologen der ungarischen »Linken Alternative« über den Russen Alexander Busgalin bis hin zum deutschen Professor Elmar Altvater gingen und gehen viele Vertreter der unabhängigen Linken davon aus, daß es notwendig war bzw. gewesen wäre, die Funktionen der abgesonderten bürokratischen Apparate auf breiter Front bei den Selbstverwaltungsorganisationen der Gesellschaft anzusiedeln. Sie glauben daran, daß die Bevölkerung fähig ist, selbst jene Strukturen aufzubauen, die gegenüber dem bestehenden Staats- bzw. Staatensystem eine alternative Gegenmacht darstellen könnten. In Osteuropa wurde diese Alternative 1989 tatsächlich aufgeworfen, doch fehlte es ihr, wie im folgenden zu zeigen sein wird, an gesellschaftlicher und politischer Unterstützung, und aus diesem und zahlreichen anderen Gründen konnte sie sich gegenüber dem (neo-)liberalen Denken und den dazugehörigen Interpretationen nicht durchsetzen.

Die an der Selbstverwaltung orientierte neue Linke – jene Kräfte also, die sich die Neuorganisation der Gesellschaft nicht als »Sozialdemokratisierung« oder »Liberalisierung« des »Kommunismus« vorstellten – gingen mit einer gewissen Naivität an die politischen Realitäten heran. Zu wenig beachteten sie das Gewicht der Tatsache, daß es – im Zuge der Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse – nur jene Organisationen zu wirklicher politischer Legitimität bringen würden, die von der Dominanz des Privateigentums ausgingen. In der offiziellen »parteiorientierten Argumentation« zählten nur jene zivilen Organisationen, die als Interessenvertretungen für den Eigennutz, den Profit einer bestimmten Gruppe auftraten. Jene »Gemeinschaften«, die nicht durch die Vermittlung des Geldes zusammengehalten wurden, zerfielen, und die neu entstehenden erwiesen sich immer wieder als äußerst kurzlebig. So gab es zum Beispiel in Ungarn einen Fall, in dem die Initiative für eine Volksabstimmung, an deren Spitze die »Gesellschaft der unterhalb des Existenzminimums Lebenden« stand, vom Parlament niedergestimmt wurde.

Die nicht parteiorientierten Ideologen der Linken von Moskau bis Budapest suchten nach den Keimen der gesellschaftlichen Bewegung für die Zivilgesellschaft in erster Linie auf dem Gebiet der Produktion. Im Zentrum dieser Bestrebungen standen jene neuen Organisationen, die für die Vertretung des »Arbeiter-Gemeineigentums« als geeignet erschienen: also die Arbeiterräte, die Räte der Arbeitnehmer, die Betriebsräte etc. Diese Kräfte betrachteten auch die Privatisierung als eine Möglichkeit der Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums – und nicht als mögliches Mittel der privaten Aneignung. Das heißt also: Sie setzten – unter offensichtlicher Ausblendung der »real existierenden« Tendenzen in der Akkumulation des privaten Kapitals – zu einseitig auf die ersehnte und erhoffte unmittelbare Macht der Produzenten.

Doch die entscheidende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Dynamik des Weltsystems steuerte 1989 in Osteuropa auf eine neue Form der Kapitalakkumulation zu, die die Macht der Produzenten bis auf weiteres erst recht in den Hintergrund zwingt.⁷ Viele osteuropäische Linke konnten sich einfach nicht vorstellen, daß es überhaupt möglich sein würde, daß sich eine schmale Schicht das von der Gesellschaft erarbeitete staatliche Eigentum aneignen würde. Die polnische »Solidarnosc« und die ungarischen Arbeiterräte waren in etwa diesem geistigen Umfeld zu verorten.

Die Arbeiterselbstregierung und die historische Tradition: 1917, 1956, 1961, 1968, 1989

Die gesellschaftliche Selbstverwaltung als Praxis und als Theorie speiste und speist sich aus vielen Quellen und Traditionen.⁸ Die praktischen Erfahrungen der russischen Revolution zählten und zählen natürlich zum wichtigsten Erbe. Im Zentrum der frühen sowjetischen Debatten stand stets die Frage, ob das Erbe des revolutionären Sozialismus lebensfähig ist: die Sowjets, die Arbeiterräte und Institutionen der Produktion wie die verschiedenen Formen der Betriebsausschüsse, Arbeitergewerkschaften, Kommunen und Genossenschaften. Die Diskussionen drehten sich somit um Einrichtungen, die als Grundstrukturen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation betrachtet wurden, die auf einer nicht-hierarchischen Arbeitsteilung beruhte. Und während die großen theoretischen und politischen Debatten fort- und fortgingen, entwickelte das »lokale« russische Experiment des Sozialismus mit dem Fortschreiten der Jahre einen immer ausgeprägter staatlich dominierten, bürokratischen Charakter. Die historische Realität des »Sozialismus in einem Lande«, die internationale Isolation der Sowjetunion und gewisse »russische Spezifika« liefern die Erklärung dafür, daß es schließlich zu einer Rehabilitierung des »allmächtigen Staates« kam, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Die paternalistische Tradition erwachte zu neuem Leben. Die Debatten zur gesellschaftlichen Selbstverwaltung nahmen eine zunehmend theoretische Gestalt an, wenn es auch im Spiegel dieser Auseinandersetzungen und Diskussionen bis zum Ende der zwanziger Jahre so schien, als ob Alternativen existierten.⁹

Seit der etatistischen Wende von 1929 und bis zum XX. Parteitag der KPdSU wurde das Erbe der russischen Revolution – der Gedanke und die Praxis der gesellschaftlichen Selbstverwaltung – als oppositionell und systemfeindlich betrachtet. Die Anhänger dieses Erbes wurden in der Sowjetunion und in den verbündeten staatssozialistischen Ländern verfolgt. Doch die Reformbedürfnisse des Sozialismus, die in der Sowjetunion schon Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag im Jahre 1961 darlegte, konnten das Problem der gesellschaftlichen Selbstverwaltung in Produktion und Politik nicht umgehen. Es wurde deutlich, daß sich für die sowjetische Entwicklung im Grunde drei Entwicklungswege boten: *erstens*: die Konservierung der aus der stalinistischen Epoche ererbten Ordnung; *zweitens*: die gesellschaftliche Selbstverwaltung; *drittens*: die »sozialistische« gemischte Marktwirtschaft. Mit den Perspektiven ihres neuen Programms im Jahre 1961 brach die

schäftigt sich Tamás Krausz: Szojveti Thermidor. A stálini fordulat szellemi-politikai elözmenyei 1917-1928 (Sowjetischer Thermidor. Geistig-politische Vorgeschichte und Prämissen der stalinistischen Wende 1917-1928), Budapest 1996 (Das Buch erscheint in Kürze auch in russischer Sprache). – Schematisch ausgedrückt zeichneten sich drei grundlegende Alternativen und ihre je spezifischen Kombinationen ab:

1. Die linke Opposition, in erster Linie Preobraschenski und Trotzki, versuchte, die gesellschaftliche Selbstverwaltung und Elemente der Arbeiterdemokratie mit dem System der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation und der marktgebundenen Mischwirtschaft« in Übereinstimmung zu bringen.
2. Bucharin reflektierte über die Möglichkeiten der Verbindung und gemeinsamen Existenz von Elementen der Selbstverwaltung und der »sozialistischen Marktwirtschaft«.
3. Stalin ging von der Konzeption einer bürokratisch zentralisierten Planwirtschaft als vollständig verstaatlichter Wirtschaft aus. Am Ende seines Lebens gelangte er in der berühmten Lehrbuch-Debatte zum Gedanken von deren marktförmiger Ergänzung (in seiner Broschüre »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« aus dem Jahre 1951). Der Staat spielte – zum Teil unter der Hand, zum Teil offen, gewollt oder ungewollt – in allen drei Konzeptionen die Rolle eines Schlüsselfaktors, ohne den nachholende Entwicklung im Rahmen der »sozialistischen Volkswirtschaften« historisch nur schwer vorstellbar war. Damit ist zugleich auch eines der zentralen theoretischen

schen und praktischen Probleme der Selbstverwaltungs-Konzeption der osteuropäischen Linken angesprochen: Diese Richtung der Linken »war die erste, die aussprach, daß der Mangel an Demokratie und Selbstbestimmung in Osteuropa ein unvermeidliches Resultat der Dominanz des Ökonomismus und des ›Developmentalismus‹ war. ... Aber ihre Suche nach einem Ausweg aus dieser Falle konzentrierte sich auf eine neue Beziehung zwischen Ökonomie und Selbstbestimmung als Ziel an sich und nicht so sehr aufs Aufholen. Die meisten von ihnen akzeptierten grundsätzlich die Notwendigkeit des Aufholens, vermieden aber ausdrücklich, das Problem der unvermeidlichen Folgen des ›Developmentalismus‹ direkt anzusprechen« (Zitat a.d.Engl. übersetzt v.d.R.), und, so ist hinzuzufügen, die damit untrennbar verbundene Rolle des Staats in der Ökonomie. – Vgl. zur Analyse des Problems der nachholenden Entwicklung in der osteuropäischen Diskussion Susan Zimmermann: Thinking about ›Delinking‹ in East and West. A Perspective of the Anticapitalist Left, in: Links. International Journal of Socialist Renewal (1994), Nr. 3, S. 69-74. – Ungeachtet solch gemeinsamer Probleme und Bezugspunkte brachten allerdings in der Sowjetunion der zwanziger Jahre die genannten Konzeptionen und Kombinationen sehr stark voneinander abweichende Richtungen zum Ausdruck.

10 Vgl. Georg Lukács: Demokratisierung heute und morgen. Das Manuskript stammt aus dem Jahre 1968 und wurde gut zwei

KPdSU eine Lanze für die gesellschaftliche Selbstverwaltung, wobei zwei Grundzüge unterstrichen wurden: In der Produktion sollten gegenüber der Bürokratie der Staatsmacht immer mehr Macht und mehr Rechte in die Hände der Arbeitskollektive übergeben werden; und in den Wohnbezirken sollte mit der Demokratisierung der Sowjets begonnen werden, das heißt, die hierarchischen Strukturen sollten abgebaut und ein von unten nach oben zentralisiertes System sollte wiederhergestellt werden. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit blieben diese Pläne jedoch Papier, und im Grunde wurde damit vor 1989 ein eigentümlicher vierter Weg der Geschichte des Staatssozialismus Wirklichkeit: eine Kombination aus der Konservierung des Staatssozialismus, der auf technisch-bürokratischer Grundlage beruhenden staatlich-bürokratischen Planwirtschaft und des Marktes. Es blieb also die Grundstruktur der Ordnung stalinistischen Ursprungs mit ihrer auf »nachholende Entwicklung« gerichteten Dynamik erhalten, die hinsichtlich der Arbeitsteilung in der Produktion, der technisch-technologischen Entwicklung und der Konsumtion den Westen als ihr Modell betrachtete. Die Frage nach dem Sozialismus wurde auf diese Weise in ein ideologisches Problem »sublimiert«.

Auf diese Tendenz verwies der späte Georg Lukács im Zusammenhang mit seiner Kritik der Reform des ungarischen wirtschaftlichen Mechanismus im Jahre 1968. In der Kommunistischen Partei sei, wie er es formulierte, ein geheimer Bund »der Liberalen und der Dogmatiker« am Werke. Was der Philosoph damit meinte, war, daß keine dieser beiden Hauptrichtungen in der Partei Interesse an einer »wahrhaft sozialistischen«, das heißt auf der Selbstverwaltung aufbauenden Reform des Sozialismus habe. Eine solche Reform hätte die gesellschaftliche Kontrolle über die staatliche und die Manager-Bürokratie Wirklichkeit werden lassen sollen. Lukács griff damit auf gewisse Elemente und Tendenzen der russischen Sowjets und allgemein des prästalinistischen marxistischen Erbes zurück. Und auch wenn er es nicht aussprach, so stand ihm doch offenkundig auch die Erfahrung der Arbeiterräte des Jahres 1956 vor Augen.¹⁰ Nach dem Tod von Lukács im Jahre 1971 blieben seine Schüler und Anhänger ebenso wie die linken Kritiker des staatssozialistischen Systems der Idee des Experiments der Vergesellschaftung des Staatseigentums eine gewisse Zeit lang treu.¹¹

In Ungarn war einer der ersten Wirtschaftstheoretiker, der sich mit der Vergesellschaftung des Staatseigentums befaßt hatte, Tibor Liska. In seiner Arbeit »Ökonosztás« (Geschlossenes System der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten) bezog er seit den fünfziger Jahren für die Möglichkeit des persönlichen Besitzes von Gemeineigentum Stellung. Seine Konzeption fand aus verschiedenen Gründen und insbesondere deswegen keine breitere Unterstützung, weil sie die Interessen der Finanz- und Machteliten unmittelbar verletzt hätte. Die Hauptgegner von Liska fanden sich genau in diesen Kreisen. Dies galt ungeachtet der Tatsache, daß im Jahre 1984 ein Beschluß der USAP, der sich mit neuen Formen der Betriebsführung befaßte, zahlreiche Vorstellungen der Selbstverwaltungs-Strömung enthielt.¹² Diesem Beschluß zufolge konnte die Initiative zur Betriebsführung von den Arbeitern oder vom Management aus-

gehen, und darin lag eine spezifische Alternative verborgen: Wer sollte es, wer wird es sein, der innerhalb des Betriebes die Selbstverwaltungsrechte ausüben wird? – Als das alte System in sein letztes Stadium trat, kam es schließlich auch zu Experimenten mit der Einbürgerung bestimmter Elemente der Selbstverwaltung. Zu verweisen wäre hier auf die Teilnahme von Arbeitern an den Betriebsräten, daran, daß die Lehrer in den Grundschulen und höheren Schulen ihren Direktor selbst wählen konnten etc. Solche »Zugeständnisse« hingen zu diesem Zeitpunkt natürlich schon längst mit dem Umstand zusammen, daß der Staat sich angesichts seiner Finanzprobleme gezwungen sah, einige Ventile zu öffnen, um dem offenen Auftreten von gesellschaftlicher Unzufriedenheit vorzubeugen.

Anfang und Mitte der achtziger Jahre stellte ein Kreis von Philosophen und Wirtschaftswissenschaftlern, der sich zum großen Teil aus Vertretern der heutigen liberalen Elite des Systemwechsels zusammensetzte (György Bence, László Langyel, Tamás Bauer, Károly Attila Soós und andere), die Frage nach dem Eigentum der Produzenten in Gestalt des »Gruppeneigentums« in den Mittelpunkt ihrer Reformbestrebungen. Ja, diese Richtung des Selbstverwaltungsgedankens wurde auch in jenen Dokumenten noch nicht verworfen, die bereits zur Vorgeschichte des heutigen liberalen »Bundes der Freien Demokraten« zu zählen sind, so vor allem im sogenannten »Gesellschaftsvertrag« von 1987. (Allerdings hatte dieses Faktum zu diesem Zeitpunkt nur noch taktische Bedeutung im Kampf gegen das alte System: Die führenden liberalen Kräfte wollten interne Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen Flügel der Demokratischen Opposition vermeiden.)

Die Wende der Demokratischen Opposition von der gesellschaftlichen Selbstverwaltung zum Neoliberalismus im Verlaufe der achtziger Jahre verdankte sich drei zentralen Zusammenhängen: *Erstens*: Das jugoslawische Experiment scheiterte, und der sozialistisch-selbstverwaltungsorientierte Flügel der polnischen Solidarnosc geriet gegen Mitte-Ende der achtziger Jahre an die Peripherie. *Zweitens*: Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen hatten zu diesem Zeitpunkt auch Osteuropa bereits »eingekreist«. Die Mitgliedschaft von Ungarn im IMF seit 1982 zeigte die Hauptrichtung der weltwirtschaftlichen Integration deutlich an. Seit 1984 trat als entscheidende Erscheinung hinsichtlich der möglichen bzw. anzustrebenden Perspektiven die Schuldenkrise auf den Plan.

Drittens: Die erwähnte Gruppe von oppositionellen Intellektuellen begab sich mit ihren politischen Berechnungen in den Rahmen des neoliberalen Diskurses, als sie die Neigungen und Interessen des sogenannten Reformflügels der Manager-Bürokratie und der Macht-eliten der Staatspartei auf passende Weise artikulierte, was schließlich im Übergang zum Systemwechsel kulminierte.

Die Alternative des Systemwechsels: Arbeiterräte oder Gewerkschaften
Als im Jahre 1989 die Privatisierung in ihrer unmittelbaren, konkreten Gestalt auf den Plan trat, kamen vielerorts Organisationsbestrebungen der Arbeiter und des Managements in Gang. Mancherorts gemeinsam, andernorts getrennt versuchten diese Gruppen im

Jahrzehnte später in Budapest veröffentlicht. Doch auch der Band »Prolegomena« von Lukács' umfanglichem Werk »Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins« enthält zahlreiche Angaben und Äußerungen zu diesem Problemkreis.

11 György Bence und János Kis veröffentlichten noch im Jahre 1983 unter dem Namen Racovsky in den ungarischsprachigen »Pariser Heften« ihre Arbeit »A szovjet típusú társadalom marxista szemmel (Die Gesellschaft sowjetischen Typs mit marxistischen Augen)«, die die Theorie der gesellschaftlichen Selbstverwaltung im Rahmen der Systemkritik des Staatssozialismus darlegte.

12 Vgl. dazu Erzsébet Szalai: A civil társadalomtól a politikai társadalom felé. Munkástanácsok 1989-1993 (Von der Zivilgesellschaft zur politischen Gesellschaft. Arbeiterräte 1989-1993), Budapest 1994, S. 15.

Zusammenwirken mit dem Staat und/oder mit dem Auslandskapital zu echten Eigentümern zu werden. Die Arbeiter wurden in diesem Bestreben nach der »Beschaffung von Eigentum« nicht von irgendeiner Art sozialistischer Ideologie angetrieben. Es ging ihnen vielmehr – gar nicht selten eingepackt in den Mantel des Antikommunismus – um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Für das Management auf der anderen Seite erschien es verführerisch, auf diesem Weg die Kontrolle über den Betrieb zu behalten und in die neue Eigentümer-Klasse aufzusteigen. Als der Staat schließlich dem Management den Weg öffnete, öffnete er ihn gegen den eigenen Willen für einen historischen Augenblick auch den Arbeitern. Die dadurch entstehenden Möglichkeiten wurden auch von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen (nicht mehr als ein paar hundert Menschen) wahrgenommen, die hauptsächlich im Rahmen der »Linken Alternative« zusammenkamen. Die tonangebenden Figuren dieser Gruppe – Historiker, Wirtschaftswissenschaftler, Philosophen – initiierten in Reaktion auf die mancherorts bereits organisierten Arbeiterräte im Dezember 1989 die Gründung des »Landesverbandes der Arbeiterräte«. Ihr geistiger und politischer Bezugspunkt waren nicht die Möglichkeiten der kapitalistischen, »marktwirtschaftlichen«, Eigentumsbeschaffung – über Kapital verfügte in den angesprochenen Kreisen ohnehin niemand –, sondern es wurden zum Teil die Erfahrungen der Arbeiterräte von 1917/19 und 1956 wiederbelebt.

Im Grundsatzdokument des Landesverbandes vom 24. Februar 1990 wurde das grundlegende Ziel folgendermaßen formuliert: »Zusammenschluß der Werktätigen des Betriebes im Interesse des Selbstschutzes ... Teilnahme und Kontrolle der Werktätigen an der Führung der Unternehmen, gemeinsamer Schutz und Ausweitung der bestehenden Rechte, Organisation des gemeinsamen Auftretens, Verhinderung der Privataneignung der gewinnbringenden Fabrikeinheiten seitens des Managements oder durch Unternehmer, Verhinderung des Ausverkaufs an das Auslandskapital ... Das Hauptziel ist die Schaffung des Eigentums der Werktätigen der Unternehmen zumindest als Teileigentum, perspektivisch als Mehrheitseigentum ...«. ¹³ Bei der Gründungssitzung herrschte volles Einverständnis darüber, daß ein seinerzeit – am 31. Oktober 1956 – vom Arbeiterparlament angenommenes Grundlegendokument den hauptsächlichlichen Ausgangspunkt darstellen sollte. ¹⁴ Auf Druck der »Linken Alternative« gelangte auch ein – bei den Verhandlungen des sogenannten »Nationalen Runden Tisches« geforderter – Passus in den 12. Paragraphen der abgeänderten Verfassung, der da lautete: »Der Staat erkennt die Entstehung und die Tätigkeit des Eigentums der Selbstverwaltung und Selbstregierung der Produzenten an.« ¹⁵

Für eine kurze Zeit bedeutete dies die vollständige Legalität der Arbeiterräte. In breiten Arbeiterkreisen allerdings löste das kein tiefergehendes Interesse aus. Zum einen glaubten die Arbeiter nicht an die eigenen Möglichkeiten – viele hatten keine Vorstellung, was unter Privatisierung eigentlich zu verstehen sei. Und zudem hatten sie im Rahmen des paternalistischen Staatsgefüges in der Vergangenheit keine Erfahrungen mit der Selbstorganisation sammeln

13 Krausz/Márkus 1995, S. 198-199. Dieser Band enthält den größten Teil der Referate und Vorträge auf der Konferenz der Linken Alternative.

14 Szalai 1994, S. 11.

15 Krausz/Márkus 1995, S. 8.

können. Innerhalb der Arbeiterräte selbst bildeten sich drei grundlegende Richtungen heraus. Zwei davon setzten auf verschiedene Formen der Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums, während die dritte – die am Anfang schwächste und später siegreiche – Richtung mit der Konzeption der Verwandlung der Arbeiterräte in Gewerkschaften auftrat. Den politischen Hintergrund und die materielle Stütze dieser Politik der »Vergewerkschaftlichung« bildeten das Ungarische Demokratische Forum (UDF), die Partei des Ministerpräsidenten József Antall, und mit seiner liberalen Ideologie der Bund der Freien Demokraten. Sándor Palkovics, seit 1990 Parlamentsabgeordneter des nationalistisch ausgerichteten UDF, war zunächst Vorsitzender eines Arbeiterrates, der im Sommer 1989 in der Herender Porzellanfabrik entstanden war. Seiner eigenen Aussage zufolge war er zu diesem Zeitpunkt deswegen zum Gründer eines der ersten Arbeiterräte geworden, weil das Management der bekanntermaßen gutgehenden Fabrik einen bedeutenden Teil des Gewinns unter sich aufteilte und die Arbeiter de facto um ihren Anteil brachte. Doch Palkovics vertrat die Linie der »Vergewerkschaftlichung«, und er erkannte von Anfang an nur das (Teil-)Eigentum der Mitarbeiter via Anteilschein als ausschließliche Form des Arbeitereigentums an. Die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe lehnte er entschieden ab.¹⁶

Daß die Umstrukturierung kapitalistisch dominiert war, spiegelt sich auch in der Tatsache wider, daß die als »freie Gewerkschaft« neu zustandgekommene Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften als fachliche Organisation unmittelbar vom Bund der Freien Demokraten kontrolliert wurde. Die Liga trat von Anfang an mit einem Programm der kapitalistischen Restauration und der Vertretung von Kapitalinteressen gegenüber den alten »staatlichen« Gewerkschaften hervor. Diese hätten, so hieß es, bei der Bevölkerung jeden politischen Kredit verloren. Später freilich wurde die Liga genauso marginalisiert wie die aus den Arbeiterräten zustandgekommene, der konservativen Regierungspartei nahestehende Gewerkschaft.

Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichte die Mitgliedschaft in den Arbeiterräten ca. 19.600. Diese Ziffer bezieht allerdings alle ein, die irgendwann einmal in einen der Arbeiterräte eingetreten waren. Die Zahl derer, die tatsächlich Mitgliederbeiträge bezahlte, war bedeutend geringer.¹⁷ Zu einer echten Massenbewegung konnten die Arbeiterräte unter anderem deshalb nicht werden, weil die Arbeiterschaft über die Fähigkeiten, Organisationen und nationalen (wie internationalen) Verbindungen, die für die Entfaltung von demokratischem Widerstand nötig gewesen wären, nicht verfügte. Die Gegnerschaft kam im Zeichen der Marktwirtschaft vor allem aus den Reihen des sogenannten Reformflügels und der Manager-Bürokratie.

Am 14. Juli 1990 kam es zur Aufreißung der linken Strömung der Selbstverwaltung und zur Neuorganisation des Landesverbandes der Arbeiterräte. Dessen Informationsbüro »grenzte sich« nun in seiner »Selbstdefinition« und in »Korrektur« des Erbes der Vorgängerinstitution scharf »von der Konzeption des Gemeineigentums ab«, denn diese würde, so hieß es, zur »Konservierung des

16 Szalai 1994, S. 59; s. auch: Sándor Palkovics: Nyílt levé (Offener Brief), in: Heti világgazdaság (Weltwirtschaftswoche), 31.3.1990.

17 Diese Information erhielt der Autor von László Thoma, dem Leiter des Informationsbüros der Arbeiterräte.

18 Munkástanácsok Országos Szövetsége tájékoztató 1. Munkástanács 90. (Informationen des Landesbundes der Arbeiterräte, 1: Arbeiterrat 90), MOSZ Inf. Irod., Budapest 1990, S. 19 f.

19 Ebenda, S. 42.

alten Systems« beitragen.¹⁸ Nun wurde bereits die Rolle »der größten [Teil-]Organisation«, der sogenannten »UDF-gebundenen Arbeiterräte-Bewegung«, betont. Organisatorisch waren nunmehr tatsächlich bereits die von seiten des UDF unterstützten Arbeiterräte am stärksten, und – nur zum Beispiel – nur sie hatten die materiellen Mittel, um ihre Leute in Busse zu setzen und auf diese Weise bei den entscheidenden Abstimmungen die notwendigen Mehrheiten zu erzielen. Das neue Programm des Landesverbandes bewegte sich ausschließlich im Rahmen der Teilhaberschaft der Arbeitnehmer auf niedrigem Niveau. József Bajtaj, der Geschäftsführer, unterschrieb am 10. Oktober 1990 gemeinsam mit János Kis, dem Vorsitzenden des Bundes der Freien Demokraten, und Imre Fuhrmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden des UDF, ein Dokument, demgemäß als Variante der Demokratisierung »nur das auf marktwirtschaftlicher Grundlage« zustandekommene Arbeitnehmer-Teilhaber-Eigentum unterstützt wurde.¹⁹

Mit alledem war aber auch die bereits erwähnte Marginalisierung der nationalistischen und liberalen Gewerkschaften untrennbar verbunden, und auf diese Weise eröffnete sich für die alten »Staats«-Gewerkschaften die Möglichkeit, in gewandelter Gestalt zu überleben. Auch diese alten Gewerkschaften akzeptierten die Privatisierung in Form der privaten Expropriation des Staatseigentums. Ja, die Gewerkschaftsbürokratie nahm sogar teil daran, wenn sie auch zugleich – gemeinsam mit der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) – Versuche unternahm, die radikalen neoliberalen Ansätze zur Lösung der Krise zu bremsen. Der Standpunkt der alten Gewerkschaften war also in sich widersprüchlich: Ihre Führung verstand nicht bzw. wollte nicht verstehen, daß die Unterstützung der Privatisierung und mit ihr des neoliberalen Kurses in der Wirtschaftspolitik einerseits und die Bewahrung der »sozialstaatlichen Errungenschaften« andererseits einander ausschlossen. Seit Mai 1994 gelangten dann die Vertreter der Gewerkschaftsspitze als Teil der Parlamentsfraktion der USP an die Macht, und in dieser Rolle stellten sie sich der Fortsetzung des neoliberalen Kurses in nunmehr sozialistisch-liberalen Farben keineswegs effektiv entgegen. Dessen ungeachtet werden sie von der liberalen Kritik weiterhin als »Vertreter des gestürzten Kapitalismus« gehandelt, die die Kapitalinteressen nicht in ausreichender Weise in den Vordergrund stellen und sich der »populistischen Liebäugelei« mit dem Schutz der Interessen der Arbeitnehmer schuldig machen.

1993 spiegelte sich in den Gewerkschaftswahlen wider, daß unter allen Gewerkschaften trotz allem die »Staats«-Gewerkschaften noch am ehesten für die Interessen der Arbeiter Stellung bezogen bzw. der arbeitenden Bevölkerung auch materiell noch am ehesten etwas zu bieten hatten: Die alten Gewerkschaften erhielten die absolute Mehrheit.

Vom Arbeitereigentum zur Manager-Bourgeoisie

Die Forderung nach dem »Arbeitereigentum« wurde schon 1990 auf Druck von linken Intellektuellen zu einer der Wahlparolen der Sozialistischen Partei. Doch diese Partei, die zu diesem Zeitpunkt eine schwere politische Niederlage hinnehmen mußte, hätte die

entsprechenden Bestrebungen selbst dann, wenn sie es gewollt hätte, nicht effektiv vertreten können.

Gewisse Formen und Techniken des »Arbeitereigentums« wurden von Fachleuten, die mit verschiedenen politischen Kräften sympathisierten, zum Teil aus den USA importiert. Insbesondere die Konzeption des Arbeitnehmer-Anteilsschein-Programms ESOP, die – mit abweichenden Betonungen – im Prinzip von allen Seiten akzeptiert wurde, wurde in Ungarn popularisiert. Allein: Dieses Programm ließ sich glänzend mit der beginnenden Privatisierung vereinbaren. In Managerkreisen, deren Macht im Zuge der Schwächung des Staates plötzlich wuchs, strebte man nunmehr bereits danach, daß die Teilhaberschaft der Arbeitnehmer nirgendwo einen Anteil von 8 bis 10 Prozent übersteigen sollte. Beim Treffen des Landesverbandes der Arbeiterräte im April 1990 standen die 300 bis 400 Repräsentanten und Unterstützer organisatorisch und ideologisch noch auf dem Standpunkt der Dominanz des Gemeineigentums. (Die »Einheitsfront« reichte von Sándor Rác, der 1956 der Vorsitzende der Budapester Arbeiterräte gewesen war, bis zu den Marxisten. Zu diesem Zeitpunkt waren 35 eingetragene Organisationen vertreten, hinter denen – und dies ist bis heute nicht eindeutig abzuschätzen – ein paar Dutzend oder vielleicht auch mehr als tausend Personen standen.) Der führende Kopf der zum UDF gehörigen Strömung, der spätere neue Führer der Arbeiterräte Sándor Palkovics, formulierte – ganz den Interessen der ungarischen Machteliten entsprechend – schon zu Frühjahrsbeginn 1990: »Wir wollen zwei Hauptziele erreichen. Diese sind: starker Interessenschutz und Eigentum. Wir fordern nicht irgendein nebelhaftes bolschewistisches Gemeineigentum, es fordert also nicht der Arbeiterrat als Organisation Eigentum für sich; vielmehr will dieser seine Mitglieder, die Individuen, in den Besitz von Eigentum bringen – durch Anteilsscheine, im Rahmen der Aktiengesellschaft.«²⁰ Doch im Frühjahr 1990 war im Landesverband der Arbeiterräte die marxistische Linke politisch im Übergewicht. Auf politischer Ebene argumentierte man von dieser Seite, daß das Staatseigentum nur in den Besitz der Arbeiter, der Beschäftigten, der Arbeitnehmer übergehen könne, denn niemand könne legalerweise über soviel finanzielle Mittel verfügen, daß er ein Unternehmen kaufen könne – mit Ausnahme der ausländischen Kapitalisten. Es wurde als ungerecht deklariert, daß einige Wenige Kredite erhielten, mit denen sie Fabriken unter dem eigentlichen Wert kaufen konnten, während Millionen neuerlich expropriert würden. Schließlich gelang es dem UDF mit Hilfe der erwähnten machtpolitischen Manipulationen und mit Hilfe von Palkovics, sich den Landesverband der Arbeiterräte unterzuordnen. Endgültig kam dieser Prozeß aber erst zum Abschluß, nachdem die Führer der Liga und der Arbeiterräte auf Einladung des DGB in Düsseldorf verhandelt hatten. Die deutsche Delegation wurde durch den – jüngst verstorbenen – Gewerkschafter Christofersen geführt. Von seiten der Gastgeber wurde vorgeschlagen, daß die Liga und die Arbeiterräte zu einer gemeinsamen Gewerkschaft fusionieren sollten, da es in den Grundfragen keine Gegensätze gebe. Die Vertreter des Landesverbandes der Arbeiterräte lehnten dies ab. Die

20 Szalai 1994, S. 59;
Palkovics 1990.

21 Auch für diese Information dankt der Autor László Thoma.

22 József Mocsáry, einer der Apostel des Anteilschein-Eigentums der Arbeitnehmer in Ungarn, ist ein sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler, der sowohl dem linken Flügel der USP zugehörig ist als auch im Leitungsgremium der Linken Alternative mitarbeitet. Seine Konzeption des »Volkskapitalismus« trifft auch innerhalb der Partei auf starke Widerstände.

deutschen Gewerkschaftsführer unterstützten jene Form der Arbeiterräte, bei denen die selbständige Verfügung über Eigentum sichergestellt war, nicht – weil diese, so die Argumentation, in den bestehenden europäischen Gewerkschafts- und Betriebsratsstrukturen keinen Platz fände.²¹

Der Prozeß der »Vergewerkschaftlichung« der Arbeiterräte beschleunigte sich ab Mai 1990, als in Ungarn die nationalistische Koalition an die Macht gelangte. Der Kampf der Arbeiterräte gegen die Manager ging im Zeichen der antikommunistischen und antisozialistischen Ideologie weiter. Ziel war es, daß auch gewisse Arbeiterschichten »in das Reich der Wünsche, das Reich des Privateigentums« gelangen sollten. Die Regierung und die herrschende Partei strebten ihrerseits danach, daß die neuen Eigentümer und Manager aus den eigenen Reihen stammen. Im Parlament blockierten diese Kräfte sogar die Behandlung des Gesetzes über die Arbeiter-Anteilsscheine, obwohl der fertig vorliegende Entwurf unter Verwendung der US-amerikanischen Erfahrungen eine vollkommen systemkonforme Lösung vorsah. Zugleich wurde mit parlamentarischer Mehrheit – auf der Grundlage eines Paktes zwischen Liberalen und Konservativen – per Abstimmung der oben erwähnte Passus über die Gleichrangigkeit des Arbeitereigentums und des Privateigentums aus der novellierten Verfassung gestrichen. (Sogar einige Sozialisten stimmten – mit Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Miklós Németh – dieser Änderung zu.) Unter sozialistischer Flagge fanden und finden aber auch heute noch innerhalb der Sozialistischen Partei unter Führung des Wirtschaftswissenschaftlers und Sachverständigen József Mocsáry²² Rückzugseffekte »für das Arbeitereigentum« statt. Die entscheidenden Kräfte in der Partei verhinderten und verhindern jedoch auf jede nur mögliche Weise und im Dienst der Interessen von Managern und Banken die Schaffung von Arbeitereigentum. Dies geht soweit, daß seit Mai 1994, also unter der Regierung der sozialistisch-liberalen Koalition, das Wachstum des Arbeitereigentums nicht einmal auf dem vorherigen Niveau verharrte, sondern radikal zurückging.

Es lohnt sich, an diesem Punkt einen Blick auf die Chronik zu werfen:

Für das Jahr 1990 kann von einer einzigen in Arbeitereigentum befindlichen Firma gesprochen werden. Berührt waren 400 Personen.

Im Jahre 1991 kamen drei weitere Unternehmen mit 1.500 Betroffenen hinzu.

1992 kann als »Jahr der Wende« bezeichnet werden. Die Unternehmensform der Arbeiter-Anteilsschein-Gesellschaften begann zu einer – verhältnismäßig – breiten Erscheinung zu werden. Nun kam in acht Betrieben mit 1.400 Beschäftigten diese Organisationsform zustande, und zwar mit 1,3 Mrd. Forint gezeichnetem Kapital.

1993 waren es dann weitere 124 Firmen mit 24.000 Beschäftigten und 20,7 Mrd. Forint gezeichnetem Kapital.

1994 betrug der Zuwachs jedoch nur noch 62 Firmen mit 14,6 Mrd. Forint und 1995 27 Betriebe mit 6,3 Mrd. Forint. Im ersten Halbjahr 1996 kamen fünf neue Firmen mit 0,7 Mrd. Forint hinzu.

Mögen die Zahlen insgesamt ziemlich beeindruckend sein, so ändert sich das Bild, wenn man den Anteil des innerhalb der einzelnen Firmen durch Arbeiter kontrollierten Kapitals betrachtet. Da wird offenkundig, daß das Arbeitereigentum vom Standpunkt der Gesellschaft aus gesehen auf alle Fälle unbedeutend ist. Dies gilt nicht nur deshalb, weil die »Eigentümerschaft« von der Betriebsführung getrennt ist. Vielmehr kam es auch die interne Besitzverteilung betreffend zu keinerlei Durchbruch. Ende 1995 überschritt das Arbeitereigentum bei 8 Prozent der Betriebe nicht die 10-Prozent-Marke. Bei 17 Prozent der Betriebe betrug der Arbeiteranteil zwischen 10 und 25 Prozent, bei 23 Prozent der Unternehmen zwischen 25 und 50 Prozent, bei 18 Prozent der Betriebe 50 bis 75 Prozent, und nur bei 33 Prozent der Betriebe besaßen die Beschäftigten 75 bis 100 Prozent des Kapitals.

Insgesamt betrug das Kapital von 49.000 Beschäftigten bei 230 Firmen 44 Mrd. Forint. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 70 Mrd. Forint, so daß man bei Einbeziehung der 30 Mrd. Kapitalreserve von einer Summe von 100 Mrd. Forint sprechen kann, die die Beschäftigten als ihr Kapital-Eigentum kontrollieren.

Um über diesen Betrag ein einigermaßen realistisches Bild zu gewinnen, sei hinzugefügt, daß er einer Summe von etwas mehr als 10 Prozent der internen Staatsverschuldung des Jahres 1996 entspricht. Von 1990 bis Mai 1994, in der Regierungszeit der nationalistischen Koalition, hatten die Arbeiter zu 11 Prozent an der gesamten Privatisierung teil; in der darauffolgenden Zeit der sozialistisch-liberalen Koalition machte dieser Anteil gerade noch 1,4 Prozent aus.

Der Charakter der ablaufenden Umstrukturierung der Eigentumsformen drückt sich auch darin aus, daß der Anteil des inländischen Privateigentums am (ehemaligen) Eigentum der Staatlichen Vermögensverwaltungsagentur 1994 21,5 Prozent ausmachte, wobei 27 Prozent dieser Vermögensmasse Arbeitnehmer-Eigentum darstellte. Ein Jahr später war der Anteil des heimischen Privateigentums auf 31,2 Prozent gestiegen, während der Anteil des Arbeitereigentums auf 26,2 Prozent gesunken war. Dies bedeutete, daß sich das heimische Privateigentum um 45 Prozent, das Arbeitereigentum hingegen nur um 17 Prozent vermehrt hatte. Zugleich lagen die Gewinnraten der Betriebe im Arbeiter-Anteilsschein-Eigentum nahezu so hoch wie die der übernationalen kapitalistischen Betriebe, nämlich bei 5,4 Prozent. Demgegenüber betrug diese Kennziffer bei den Staatsbetrieben und beim inländischen Privatkapital 0,5 Prozent.²³

Im Lichte all dieser Daten, Fakten und Zusammenhänge können einige eindeutige Schlußfolgerungen gezogen werden. Fest steht, daß es sich bei den Entwicklungen in Osteuropa nicht nur darum handelte, daß eine Zivilgesellschaft, die auf Grund der autoritären osteuropäischen Tradition schwach war, nicht auf die Füße kommen konnte. Vielmehr war und ist die neuerlich an Boden gewinnende »bürgerliche Gesellschaft« mit ihren auf dem Privateigentum basierenden Herrschaftsbeziehungen daran interessiert, die Gesellschaft von den Möglichkeiten der Vergesellschaftung des

23 Die Angaben zum Arbeitereigentum stellte mir dankenswerter Weise József Mocsáry zur Verfügung.

Staatseigentums und von den Keimen der Selbstorganisation zur unmittelbaren Demokratie abzuschneiden. Die »Naivität« und »Illusion« der Ideologen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung bestand nicht darin, daß sie in den Jahren 1989/90 einfach nicht gesehen hätten, daß die Haupttendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der ganzen Region in Richtung einer semiperipheren geprägten Restauration des Kapitalismus wiesen. Sie haben dies sogar sehr genau gesehen. Doch was sie ebenso deutlich sahen, war, daß das alte staatssozialistische System, aus dessen Schoße dieser neue Kapitalismus kroch, rettungslos gescheitert war. Die Unterstützung und der Dienst für die neuen Eliten erschienen ihnen als politisch nicht vertretbar. Deren Herrschaft nämlich mußte unter den gegebenen Bedingungen in Weltwirtschaft und Weltsystem ein System der gesellschaftlichen Unterdrückung neuen Typs hervorbringen, das moralisch nicht unterstützbar ist. Die Anhänger der gesellschaftlichen Selbstverwaltung richteten ihre Augen statt dessen in die ferne und dem entsprechend unklare Zukunft und versuchten, mit der Pflege des Erbes der Selbstorganisation Grundzüge eines möglichen humanistischen gesellschaftlichen Widerstands den Rahmen eines »zu gegebener Zeit« praktizierbaren Modells zu skizzieren. Aus den Widersprüchen, denen sie bei der Entfaltung eines solchen Modells begegneten, mußten sie damals und müssen sie weiterhin lernen.